

Das politische Gespräch 15 der CDU-Senioren-Union Rösrath am 22.8.2012. Bericht.

Enttäuschend war die Rede der stellvertretenden Vorsitzenden der SU NRW Christa Thoben auf dem Sommertreff der Rösrather CDU-Ratsfraktion am 19.8.2012. Auf Grund ihrer wirtschaftspolitischen Fachkompetenz hätte man von ihr eine klare wirtschafts- und finanzpolitische Aussage erwartet. Wenig Verständnis brachte sie der Arbeit und Funktionsweise der Seniorenbeiräte entgegen, die nicht durch Generationenausschüsse ersetzt werden können. Für die Zuhörer klarer und verständlicher war der von Wolfgang Bosbach vertretene Standpunkt, dem sie, jedenfalls mehrheitlich, zustimmten.

Die von Wolfgang Bosbach kritisierte mangelhafte Hygiene in vielen Krankenhäusern wird von Teilnehmern, die sich in letzter Zeit einer stationären Behandlung unterziehen mussten, bestätigt. Besonders betroffen davon sind ältere Patienten, die Infektionen und dem sog. Krankenhausbakterien geringere Widerstandskräfte entgegensetzen können. Dazu kann auch das Händereichen des Arztes gehören, wenn er bei der Visite von Bett zu Bett geht. Der Vorschlag, die CDU- Senioren-Union möge dieses Thema aufgreifen und Nachforschungen auf Kreisebene anstellen, findet allgemeine Zustimmung. Wir müssen Tatsachenberichte über Vorfälle liefern, die uns persönlich widerfahren bzw. aufgefallen sind. Herr Kohr übernimmt es, ein entsprechendes Papier vorzubereiten

Nicht nur an der Hygiene, sondern auch am Pflegepersonal wird in den Krankenhäusern gespart. Aus Kostengründen werden Krankenhausaufenthalte verkürzt, ganz gleich ob der Patient in der Lage ist, das Krankenhaus zu verlassen oder nicht.

Für Boreliosefälle besteht in NRW keine Meldepflicht. Der Gesundheitsminister lehnt eine solche ab, solange noch keine Todesfälle eingetreten sind. Das ändert jedoch nichts an der Gefährlichkeit der Krankheit und an der Bedeutung der Krankheitsmeldung für vorbeugende Maßnahmen, deren Wirkung nicht den vorherigen Eintritt von Todesfällen voraussetzt.

Vor einiger Zeit wurde gemeldet, der Bundesverkehrsminister „drohe“ mit der Einführung der Helmtragepflicht für Radfahrer. Es wird hier nicht erörtert, ob eine Helmtragepflicht sinnvoll ist oder nicht. Es geht um die Drohung. Minister sein heißt Diener des Souveräns, also des Volkes zu sein. Droht der Diener seinem Herrn, so verkennt er seine Rolle gründlich. Eine erhebliche Mitursache für dieses Fehlverhalten des Ministers ist die Tatsache, dass der Gesetzgeber die Verordnungs- und Anordnungsermächtigung der Exekutive insbesondere im Straßenverkehrsrecht entschieden zu weit gefasst hat. Die Folge ist, dass Minister und Verwaltung weite Teile des Straßenverkehrsrechts ohne ausreichende parlamentarische Kontrolle regeln können und hiervon einen die Verkehrsteilnehmer überfordernden Gebrauch machen. Dies wirkt sich auch auf die Vorbereitung von Gesetzesänderungen durch das Ministerium vor. So wird der Entwurf für eine Änderung hinsichtlich des Flensburger Verkehrszentralregisters in den Medien so behandelt, als sei es bereits beschlossene Sache. Tatsache ist jedoch, dass das vom Minister vorgelegte neue System nicht geklärt ist und seine Durchsetzungschancen gering sind.

Der ministerielle Entwurf stellt eine kaschierte Altersdiskriminierung dar. Einer geringfügigen Verringerung der Punktezahl/Fall steht eine Herabsetzung der ohne Fahrverbot zulässigen Gesamtpunktezahl um mehr als 50 % gegenüber. Betroffen wären hiervon vor allem ältere Verkehrsteilnehmer, die wegen ihrer besonneneren Fahrweise im allgemeinen nur

geringfügigere Ordnungswidrigkeiten begehen, mit der vom Minister angestrebten Regelung aber schneller als jetzt in Fahrverbotsgefahr geraten. Dann droht ihnen der sog. Idiotentest (VPU), der in seiner jetzigen Form dahin ausgerichtet ist, möglichst viel ältere Führerscheininhaber als selbstfahrende Verkehrsteilnehmer zu eliminieren, eine klarer Fall von Altersdiskriminierung. Gerade die CDU/CSU-Fraktion sollte auf die Vermeidung von neuen und die Beseitigung von bestehenden Altersdiskriminierungen achten, da diese vorrangig ihre Wähler betreffen. Notfalls muß auch ein CSU-Minister zurückgepfiffen werden.

Eine allgemeine Fahrtauglichkeitsprüfung gibt es ebenso wenig wie eine Statistik über Unfallverhalten. Seh- und Hörtest sind reiner Aktionismus. Entgegen den nach einer Prämienerrhöhung zielenden Behauptungen aus dem Kreise der Versicherungen kann von einem überdurchschnittlichen Anteil der Älteren am Unfallgeschehen, wobei Zahl und Schwere der Unfälle eine Rolle spielen, nicht gesprochen werden. Auch hier geht es letzten Endes um Alterdiskriminierung. Ein Wegfall eines Führerscheins wirkt sich in den USA auf die Altenheim- und andere Sozialkosten aus.

Zur Zeit wird im Bundesverkehrsministerium die Änderung der Autokennzeichnung erörtert. Pressemeldungen zufolge soll es künftig Herkunftskennzeichnung nach eigener Wahl geben. Der Landkreisbewohner kann sich so als Hauptstädter tarnen. Offensichtlich hat man viel Zeit im Ministerium, um sich mit solchen Kinkerlitzchen zu befassen, bzw. an sich überflüssige Planstellen müssen gehalten werden. Nicht anders verhält es sich mit dem ständigen Wechsel von Herkunftskennzeichnungen, vor allem auf Grund der mehr oder minder phantasievollen Bezeichnungen der neuen Superkreise vornehmlich in den neuen Bundesländern, z.B. TDO für den neuen Großkreis Nordsachsen. Auch hier stellt sich die Frage nach den Mehrkosten, also nach der unnötigen Verschwendung von Steuergeldern und damit zugleich die Frage nach der persönlichen Haftung der hierfür Verantwortlichen.

Unterschiedlich wird der Führerschein für Jugendliche beurteilt. Auf der einen Seite wird vielfach Raserei bei jungen Fahrern festgestellt, ohne dass dies unbedingt, den durch die Absenkung der Altersgrenze neu hinzu gekommenen Führerscheininhabern zugeordnet werden könnte. Die Fahrerkarriere dieser Jugendlichen wird über längere Zeit aufgebaut, und den Führerschein gibt es nur auf Probe, Für den Führerschein besteht Bedarf wegen erhöhter Mobilitätsanforderungen.

Auf der Sülztalstraße passieren 18000 Kfz pro Tag Rambrücken. Trotzdem ist eine Linksabbiegerspur nicht zu erreichen. Bei der zulässigen Geschwindigkeit von 70 km/h ist dies nicht vertretbar. Die andere Alternative wäre die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf der Sülztalstraße auf 50 km/h.

Auf der Kreuzung An der Foche – Gustav Freytag-Straße wäre Rechts-vor-links-Verkehr im allgemeinen besser. Die Kreuzung ist von allen Seiten zugeparkt

Am 19.9.2012 findet eine Mitgliederversammlung der CDU Rösrath statt, In der Einladung wird auf die Kommunalwahl 2014 hingewiesen. Die Bundestagswahl 2013 wird nicht erwähnt. Über diese muß jetzt geredet werden. Es stimmt nicht, dass nichts Besonderes getan werden müsste, weil Wolfgang Bosbach doch wiedergewählt würde. Spätestens bei der Zweitstimme würde sich ein Rückgang der CDU auswirken. Wenn der Abstand der

Zweitstimme zur Erststimme zu groß wird, so wirkt sich dies auf die Listenmandate aus. Im Schnitt kostet ein solcher Abstand 2 Mandate auf der Landesliste NRW. Auf Bundesebene wirkt sich das schon recht erheblich aus. Auch in Wahlkreisen mit aussichtsreichen Wahlkreiskandidaten muß alles daran gesetzt werden, ein gutes Ergebnis für die CDU zu erzielen. Die CDU muß jedenfalls so stark werden, dass ohne sie keine Bundesregierung gebildet werden kann. Das lohnt und erfordert vollen Einsatz der CDU-Mitglieder (einschließlich Senioren-Union). Das muß am 19.9.angesprochen werden..

In den letzten 4 Wahlen hat sich gezeigt: Die Senioren haben einen größer werdenden Anteil an der Wählerschaft bei schwindender Stimmung für die CDU. Das hat sich auch auf den Stimmenanteil der Älteren zu Ungunsten der CDU ausgewirkt. Hier müssen wir einen Wandel schaffen. Der Kandidat ist im Wahlkreis präsent. Im Hintergrund muß eine Truppe stehen, die in Ordnung ist und für ihren Kandidaten einen hohen Einsatz fährt. Dabei sind auch die Älteren gefragt. Sie müssen insbesondere in ihre Altersschicht hineinwirken.

Skepsis wird hinsichtlich der Großveranstaltungen geäußert. Sie sind das Aushängeschild einer Partei; aber sie werden immer schwieriger. Die Veranstaltung mit Ministerpräsident Volker Bouffier in Bergisch Gladbach war ein Trauerspiel. Bereits die Werbung für die Veranstaltung war mangelhaft; die Präsenz der Mitglieder war es noch mehr. Aus Rösrath haben nur einige wenige Personen teilgenommen. Wo waren die Ratsmitglieder, wo die Mitglieder des Vorstands? Glauben sie, von allen Veranstaltungen, soweit sie nicht unmittelbar betroffen sind, freigestellt zu sein? Wir sollten allerdings nicht übersehen, dass viele Parteimitglieder auf das Verhalten des Landtagsspitzenkandidaten resignativ reagiert haben. Wolfgang Bosbach hat ganz andere Zeichen gesetzt und klare Aussagen für seine Wiederkandidatur gemacht. Das gibt auch den Parteimitgliedern einen Ansporn.

Beim letzten Straßenfest musste die CDU auf die Hilfe von SU-Mitgliedern zurückgreifen. Sie helfen auch gern im CDU-Stand auf dem Schützenfest. Da dieser für die CDU werben soll, ist es notwendig dass die Mandatsträger der CDU sich dort sehen lassen, den Besuchern zeigen, dass sie sich für die CDU engagieren und im Bedarfsfall Rede und Antwort stehen.

Die Neuauflage des Seniorenratgebers der Stadt Rösrath wird begrüßt. Er ist bereits in unserer Homepage berücksichtigt. Die Seniorenarbeit ist jedoch in dem Ratgeber etwas unterbelichtet. So erscheint der Seniorenbeirat der Stadt Rösrath fälschlich als Seniorenorganisation. Nur sein Vorsitzender und dessen Stellvertreterin sind angegeben, Alle Mitglieder des Seniorenbeirats müssten hier mit Anschrift angegeben sein. Schließlich sind sie alle Ansprechpartner für die älteren Mitbürger. Kritik wird daran geübt, dass die größte Rösrather Seniorenorganisation, die CDU-Senioren-Union Rösrath, völlig unerwähnt bleibt. Mit dieser Außerachtlassung der Senioren-Union folgt der Seniorenratgeber der zeitgeistbedingten Stigmatisierung von Parteiorganisationen, obwohl diese im Grundgesetz besonders berücksichtigt sind (Art. 21 GG).. Auch im übrigen sollten die Verfasser des Seniorenratgebers bei der Auflistung der Altenarbeit betreibenden Institutionen das nächste Mal etwas sorgfältiger zu Werke gehen. So sind auch die Funkamateure unerwähnt geblieben.

Die Häschenbrücke, die offiziell beschönigend als „Wildbrücke“ bezeichnet wird, stellt einen besonders gravierenden Fall von öffentlicher Geldverschwendung dar. Von der Wildhege her ist die Schaffung dieser höchst aufwendigen, trotzdem lückenhaften – die Bahn liegt dazwischen – Verbindung zwischen Wahner Heide und Königsforst regelrecht überflüssig. In unnötiger Weise ist Holz eingeschlagen worden. Es wird dauern, bis der erste Hirsch die Brücke passiert, und die wenigen zu erwartenden Wildwechsel, wenn überhaupt, stehen in keinem Verhältnis zum Kostenaufwand. Dieser Umgang mit öffentlichen Mitteln muß

geahndet werden, und die hierfür Verantwortlichen müssen sämtlich persönlich haftbar gemacht werden.

Dies ist leider kein Einzelfall: Öffentliche Großbauten liegen regelmäßig erheblich, oft um ein Vielfaches über dem Kostenanschlag. Schlampige Planung oder bewusstes Kleinrechnen sind zumeist die Ursache. Diesem Missstand, der maßgeblich an der öffentlichen Finanznot trotz hoher Steuereinnahmen beteiligt ist, kann nur durch die Heranziehung der Verantwortlichen zur persönlichen Haftung wirksam begegnet werden. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür sind gegeben; sie werden aber nicht genutzt. Es sollte daher überlegt werden, dem unabhängigen Rechnungshof größere Befugnisse, vor allem die Möglichkeit eigener Ermittlung und Klageerhebung zu geben.

Auch in Zukunft muß mit Wildwechsel nicht über die Häschenbrücke gerechnet werden, solange die Wälder nicht eingezäunt sind. Der zuständige Landesbetrieb sollte entsprechende Warnungen geben.

Der Austausch von städtischen Führungskräften nach dem politischen Machtwechsel in Köln ist nicht nur rechtswidrig. Er gefährdet die politische Unabhängigkeit der öffentlich Bediensteten und stellt eine Verschwendung humaner und finanzieller Ressourcen dar. Diese Auswüchse der Parteibuchwirtschaft dürfen nicht länger unwidersprochen hingenommen werden.

1/30.9.2012 – M/2.